

DGTR / ARGE Webinar  
12. März 2021

**Die COVID-19-Pandemie –  
Verfahrensrechtliche  
Herausforderungen  
für die gerichtliche Praxis und  
Unternehmen**

Prof. Dr. Beate Czerwenka, LL.M. (Duke Univ.)

# Gliederung

---

- Probleme und Forderungen
- Gesetzliche Maßnahmen
- Ausblick

# Probleme

---

- Fehlende Schutzkleidung
- Kontaktbeschränkungen
- Umsatzeinbußen

# Forderungen

---

- Ausbau der Digitalisierung
  - vollständiges Online-Verfahren
  - Verzicht auf persönliche Anhörung des Betroffenen in Betreuungs- und Unterbringungssachen
  - Beglaubigungen und Beurkundung per Videokonferenz
  - virtuelle Gläubigerversammlungen
- Beschränkung der Öffentlichkeit
- Entscheidung im schriftlichen Verfahren ohne Zustimmung der Parteien
- Hemmung aller Notfristen

# Forderungen

---

- Zwangsvollstreckung
  - Pfändungsschutz für staatliche Hilfeleistungen
  - Verbot von Zwangsräumungen
- Insolvenzverfahren
  - Aussetzung der Insolvenzantragspflicht
  - Erleichterung der Sanierung
  - schnelle Restschuldbefreiung

# Gesetzliche Maßnahmen

---

- Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht vom **27.3.2020** (BGBl. I S. 569)
- Gesetz zu sozialen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie (Sozialschutz-Paket II) vom **20.5.2020**, BGBl. I S. 1055
- Erste Verordnung zur Änderung der Zertifizierte-Mediatoren-Ausbildungsverordnung vom **30. Juli 2020** (BGBl. I S. 1869)
- Gesetz zur Änderung des COVID-19-Insolvenzaussetzungsgesetzes vom **25.9.2020** (BGBl. I S. 2016)

# Gesetzliche Maßnahmen

---

- Gesetz zur Fortentwicklung des Sanierungs- und Insolvenzrechts (Sanierungs- und Insolvenzrechtsfortentwicklungsgesetz – SanInsFoG) vom **22.12.2020** (BGBl. I S. 3256)
- Gesetz zur weiteren Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens und zur Anpassung pandemiebedingter Vorschriften im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins- und Stiftungsrecht sowie im Miet- und Pachtrecht vom **22.12.2020** (BGBl. I S. 3328)
- Gesetz zur Verlängerung der Aussetzung der Insolvenzantragspflicht vom **15.2.2021** (BGBl. I S. 237)

# Gesetzliche Maßnahmen

---

- Digitalisierung
  - „Zuschaltung“ von ehrenamtlichen Richtern, Parteien und ihren Bevollmächtigten von Amts wegen bei Epidemie (§ 114 ArbGG, § 211 SGG) – außer Kraft am 1. Januar 2021
  - Möglichkeit der Zulassung der virtuellen Teilnahme an Gläubigerversammlungen (§ 4 InsO)
- Fristen
  - Hemmung von Fristen bei Ausbildung zum Mediator (§ 8 Zertifizierte-Mediatoren-Ausbildungsverordnung)

# Gesetzliche Maßnahmen

---

- Aussetzung der Insolvenzantragspflicht
  - COVInsAG vom 27.3.2020: Aussetzung bis zum 30.9.2020, aber nicht, wenn
    - Insolvenzreife nicht auf Pandemie beruht oder
    - keine Aussichten auf Beseitigung einer Zahlungsunfähigkeit bestehen
  - COVInsAG vom 25.9.2020: Aussetzung bis zum 31.12.2020, aber nur für Überschuldung

# Gesetzliche Maßnahmen

---

- Aussetzung der Insolvenzantragspflicht
  - COVInsAG vom 22.12.2020: Aussetzung bis zum 31.1.2021, aber nur
    - wenn Antrag auf Hilfeleistungen zwischen 1.11. und 31.12.2020 gestellt wurde oder hätte gestellt werden können
    - Hilfeleistung ist erlangbar und zureichend
  - COVInsAG in der Fassung vom 15.2.2021
    - Aussetzung bis zum 30. April 2021, wenn Antragstellung bis zum 28.2.2021
- Verkürzung des Prognosezeitraums für die Beurteilung einer pandemiebedingten Überschuldung auf 4 Monate

# Gesetzliche Maßnahmen

---

- Erleichterung der Sanierung
  - Einführung eines Rechtsrahmens für eine vorinsolvenzliche Restrukturierung (StaRUG)
  - Fortgeltung der bis zum 31.12.2020 geltenden Regelungen zum Eigenverwaltungsverfahren für pandemiebedingt insolvente (auch zahlungsunfähige) Unternehmen
- Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens auf 3 Jahre

# Gesetzliche Maßnahmen

---

- Verfahrensbeschleunigung
  - § 44 EGZPO – vorrangige und beschleunigte Behandlung von Verfahren über die Anpassung der Miete oder Pacht für gewerblich genutzte Grundstücke oder Räume

# Ausblick

---

- Gesetz zum Ausbau des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten und zur Änderung weiterer prozessrechtlicher Vorschriften
  - Einrichtung von elektronischen Bürger- und Organisationenpostfächern (eBO)
- Gesetz zur Umsetzung der Digitalisierungsrichtlinie (DiRUG)
  - Online-Gründung von GmbH sowie weitere Online-Verfahren für Registeranmeldungen

# Ausblick

---

- EU-KOM Mitteilung „Digitalisierung der Justiz in der EU“
  - Ankündigung eines Legislativvorschlags zum Thema „digitale Kommunikation in der justiziellen Zusammenarbeit“
- Initiative der OLG-Präsidenten zum Thema „Modernisierung des Zivilprozesses“